



Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erstausgabe täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1,80 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Auslandsgebiet monatlich 2,00 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Strohpreis Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Neuenbürg Zweigstelle Wildbad. — Druckerei: Enztaldruckerei & Co., Wildbad; Hochheimer Gewerbedruckerei Filiale Wildbad. — Postfach 201 74 Stuttgart.
Anzeigenpreise: Im Anzeigenblatt bis einschließlich 48 mm breite Zeilenzeile 4 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellenangebote 8 Pf.; im Ergänzblatt bis 48 mm breite Zeilenzeile 12 Pf. — Rabatt nach vorzugsweisem Tarif. — Schluss der Anzeigenannahme 18 Uhr vorabends. — In Kurzeilen oder wenn gerichtliche Beibringung notwendig wird, 10 Pf. je Zeile nach Abrechnung weg.
Druck, Verlag u. verantwortl. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Enz, Wilhelmstr. 14, Tel. 479. — Wohnung: Villa Fabertus

Nummer 290

Februar 479

Donnerstag den 12. Dezember 1935

Februar 479

70. Jahrgang

Wir wollen die deutsche Volkfamilie!

Zur Konstituierung des Ehrenführerrings der Kinderreichen im NSR.

NSR. Der Liberalismus war es, der uns die Massenercheinung des Geburtenrückgangs und damit die Kinderreichtumsfrage beibrachte. Er hat 1789 in Frankreich Boden gefaßt — und seit 1790 datiert der französische Geburtenrückgang! — Genau wie die Geburtenziffer in Deutschland im gleichen Schritt mit der Verbreitung des Liberalismus sank, mit der Novemberrevolution ihren Bruchpunkt hatte und nach der Machtergreifung nach oben ausschlug — ein verlässlicher Gradmesser der Gesinnung! Nicht der Wirtschaftslage, denn in der Abkehr vom Kinde sind in der Zeit wirtschaftlicher Hochblüte die bemittelten Kreise vorangegangen.

Der irrt also, der die Kinderreichtumsfrage als eine Fürsorgeangelegenheit ansieht, weil er glaubt, es ginge nur um die Haushaltsorgen der bestehenden kinderreichen Familien.

Der irrt noch mehr, der vielleicht meint, nur mit Geldzulagen den Willen zum Kinde wieder hochzukriegen.

Und der irrt erst recht, der etwa gar es für besser hielte, auf eine Verringerung der Volksdichte abzugeben, aus Furcht vor jener „Ueberschöpfung“, die uns äußere und innere Feinde an die Wand gemalt haben, um den Lebenswillen des Volkes zu ertöten und das unbequeme Deutschland im letzten Verfahren aus der Geschichte auszuschalten.

Noch ist diese Gefahr nicht beseitigt, noch bedarf es steigender Einsicht, daß aller Aufbau und alle Erfolge des Dritten Reiches und seines Führers nicht der Gegenwart allein, sondern der Zukunft gelten und es an uns liegt — an allen deutschen Frauen und Männern — in treuer volkspolitischer Pflichterfüllung dieser Zukunft die lebendigen Träger zu geben, in Millionen artreiner, gesunder Kinder.

Das geht aber nicht ohne kinderreiche Familien, denn nur die Familien mit vier oder mehr Kindern tragen ihr volles Teil bei für ein Deutschland der Zukunft. Nur dann ist dieses gesichert, wenn die Vierkinderfamilie wieder zur Norm wird. Anders nicht!

Wer also immer wieder nur von der Bedürftigkeit der lastenden kinderreichen Familien als von einer Fürsorgefrage spricht, oder die kinderreiche Familie nur als Steuer- oder Wohnungsfrage ansieht, geht an dem Kern der Sache vorbei. Es geht nicht nur um die Rettung der deutschen Volkfamilie überhaupt, nicht extra nur um soziale Dinge, sondern darum, Lebensmöglichkeiten für die kinderreiche Familie zu schaffen, damit recht viele junge Ehen kinderreich werden.

Also eine bevölkerungspolitische Aufgabe und nichts anderes. Fürsorgebedürftig und fürsorgeberechtigt zu werden, das ist für niemanden ein lodendes Ziel, Elternfreude und Elternstolz werden dabei auch nicht ins Wachsen kommen. Und wer vollends nur wegen staatlicher Zulagen sich zur Elternschaft und zum Kinderreichtum entschließt, der möge es lieber bleiben lassen. Hier muß viel Schutt weggeräumt werden.

Und man hat mit Recht damit begonnen, erst das Ansehen der ergebundenen kinderreichen Familie wieder aufzurichten und das Verständnis für ihre Bedeutung wieder zu wecken. Es war eines der schwersten Verbrechen der Systemzeit, daß sie die deutsche Volkfamilie nicht nur verelenden ließ, sondern sie diffamiert hat, um uns den Willen zum Kinde zu vererben. Man hat unterschiedslos gesunde, geordnete, kinderreiche Familien mit denen in eine Reihe gestellt, die erkrankte Säugler und sozialen verantwortungslosen minderwertigen Nachwuchs in die Welt setzten. Das ging so weit, daß in weiten Kreisen der Begriff „Kinderreich“ geradezu ein Beigeschmack von schwachsinzig oder dergleichen bekam. Der Reichsbund der Kinderreichen hat die erblichstigen Kinderreichen zu einem Bunde der Auslese und des berechtigten Kampfes gegen die überlebende liberalistische Kinderfeindschaft vereint und tritt für die Ideale ein, die den verantwortungsbewussten Volkfamilien vorstehen und für die sie alle ihre Opfer bringen.

Mit Unterstützung des Massenpolitischen Amtes der NSDAP hat Reichsbundesleiter Stüwe an eine Reihe kinderreicher Väter, die im neuen Deutschland an führender Stelle stehen, die Anregung gerichtet, sich zu einem Ehrenführerring der Kinderreichen im NSR zusammenzuschließen und als Front des Vorbildes allen Anfeindungen gegen die kinderreiche Familie entgegenzutreten. 44 führende Persönlichkeiten aus allen Kreisen, darunter sechs Kinderreiche Reichsminister, Diplomaten, Oberbürgermeister, Gelehrte, Industrielle sind der Anregung gefolgt und erweisen damit allen Kinderreichen einen großen Dienst.

Reichsstatthalter Gausleiter Sautel wird am Donnerstag, dem 12. Dezember, als Vater von sieben Kindern die Leitung des Ehrenführerrings übernehmen.

Am Donnerstag, dem 12. Dezember, abends, wird durch eine Großkundgebung in der Weimarkirche in Weimar die Gründung vollzogen werden. Es gilt Schritt für Schritt und Hieb für Hieb die giftigen Irrmeinungen und Vorurteile auszutreiben, die in der Systemzeit planmäßig in deutsche Köpfe gepflanzt worden sind, um den ehemals gefährdeten deutschen Kinderreigen — das Lebensmark unseres Volkes — zu treffen. Wir aber wissen, daß gerade hier die Lebensfrage unseres Volkes liegt, daß ein neues Bekenntnis zur Elternpflicht die Voraussetzung einer deutschen Zukunft ist, zugleich aber auch Kernpunkt und letzte Folgerung der nationalsozialistischen Gesinnung. Dr. P. Danzer.

Neue Aufgaben der deutschen Finanzpolitik

Vortrag des Reichsfinanzministers

Berlin, 11. Dez. Im Rahmen der Vortragsreihe „Die öffentliche Verwaltung im Dritten Reich“ sprach vor der Verwaltungsakademie Berlin Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk im Auditorium maximum der Universität über „Deutsche Finanzpolitik“.

Nach einer kurzen Erinnerung an die erste große Finanzkatastrophe der Nachkriegszeit im Jahre 1923 schilderte der Redner die katastrophale Lage, die der Nationalsozialismus 1933 auf dem Gebiete der Finanzpolitik vorand: feinerlei Rücklagen in den öffentlichen Haushalten und in der Privatwirtschaft, Fehlbeträge und Verluste und schließlich der ungeheure wirtschaftliche und moralische Druck einer Armee von 6 Millionen Arbeitslosen.

Der Minister schilderte nun im Einzelnen die Maßnahmen der Kredit- und Haushaltspolitik, den konzentrierten Angriff auf die Arbeitslosigkeit, die Aktifizierung der Steuerpolitik. Er ging dann auf die Entwicklung des Schuldenstandes ein, der unter Einbeziehung der noch nicht eingewöhnten und daher noch nicht öffentlich ausgewiesenen Arbeitswechsel in den Jahren der Krise von 1930 bis 1933 um 3,7 Milliarden und in den zweieinhalb Jahren des Aufbaues seit 1933 um 7 Milliarden gestiegen sei. In den Jahren der Krise seien aber die aufgenommenen Kredite lediglich Defizitkredite der öffentlichen Hand gewesen, denen also die Möglichkeit einer späteren Abdeckung aus steigenden Einnahmen oder einer Besserung des Haushalts nicht gegenüberstand. Die Verschuldung der Jahre nach 1933 dagegen sei die Folge einer aktiven Konjunkturpolitik gewesen, die sich die sicheren Einnahmen, aus denen diese Kredite zurückgezahlt werden können, geschaffen habe.

Als ein weiteres Kennzeichen für die echte Aufwärtsentwicklung neben der Arbeitsbeschaffung bezeichnete der Redner die besonders erfreuliche Zunahme des Gesamtaufkommens der Reichsteuern, die sich von 1932 bis 1933 trotz beträchtlicher Steuererleichterungen um 2,5 Milliarden erhöht und damit eine Verbesserung der Haushaltslage um 4 Milliarden ermöglicht hätten. Die Wiederherstellung der Ertragsfähigkeit in Industrie und Landwirtschaft sei in erster Linie diesem Umstand zuzuschreiben. Es sei gelungen, die in der Krisenzeit entstandenen Fehlbeträge zu beseitigen, den Schuldendienst für die aufgenommenen kurzfristigen Kredite sicherzustellen und wieder normale Austräge der öffentlichen Hand in den laufenden Haushalt aufzunehmen. Trotz dieser gewaltigen Steigerung der Steuereinnahmen habe jedoch der Reichshaushalt noch nicht ausgeglichen werden können und zwar wegen der Ausgaben für den Arbeitsdienst und die Wehrhaftmachung des deutschen Volkes. „Aber trotz aller Sorgen, die sie uns bereiten“, so rief der Minister unter stürmischem Beifall aus, „möchten wir doch die Ausgabenminderungen für Arbeitsdienst und Wehrmacht in unserem Etat nicht missen.“

Der Minister warf dann die Frage auf: „Wie werden die Mittel für die neue deutsche Wehrmacht aufgebracht?“

Kurze Tagesübersicht

Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk sprach in Berlin über die Finanzen des Reiches und die Aufgaben der deutschen Finanzpolitik.

In der abessinischen Hauptstadt kam es am Mittwoch zu einer Panik, weil ein italienischer Fliegerangriff befürchtet wurde.

In Prag hat die vor kurzem gebildete Regierung Hodza am Mittwoch ihren Rücktritt angeboten, weil sich innerhalb des Kabinetts Gegensätze zeigten.

Der Pariser Friedensplan, den Laval und Hoare vereinbarten, ist im englischen Kabinett nur unter Schwierigkeiten und Abänderungen durchgedrungen, nun aber perfekt.

Laval und Eden sind am Mittwoch abend nach Genf gefahren, um an der heutigen Sitzung des Völkerbundsausschusses teilzunehmen. Die Desperree wird sicherlich weiter hinausgeschoben.

„Es liegt einfach“, so führte er aus, „die Ausnutzung einer durch die aktive Kreditpolitik geschaffenen wirtschaftlichen Lage vor, die es uns ermöglicht, auf diesem Wege in wirtschaftsrichtiger Form fortzuführen. Die stärkere Sparbildung und Flüssigkeit auf dem Geldmarkt ermöglicht uns immer wieder, daß wir die mobilien Gelder für die Zwecke der öffentlichen Finanzierung heranziehen und je nach Lage der Möglichkeit dann durch Auslegung von Anleihen wieder fundieren. Diesen Weg gehen wir seit 1933 zielbewußt, und wir haben durch diese Ausnutzung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeitsbeschaffung und die Wehrhaftmachung finanziert.“

Das deutsche Volk könne dem Führer für das gewaltige Werk der Wehrhaftmachung nicht besser danken, als daß es unter Aufopferung von Lieblingswünschen aller Art alle Kräfte zusammenfasse, um dieses Werk durchzuführen. Dieser Kräfteeinsatz sei gerade auf dem Gebiete der Finanz- und Wirtschaftspolitik notwendig.

Der Minister wandte sich mit scharfen Worten gegen die Auffassung, daß es in einer Zeit des Aufbaues auf eine handvoll Millionen Mark nicht ankomme. Im Gegenteil, es komme heute mehr denn je auf jeden Pfennig an. Wenn wir nicht fähig und gewillt seien, unsere Ausgabenpolitik so zusammenzufassen, daß wir im Hinblick auf die Erreichung des uns gestellten großen Zieles jeden Pfennig umdrehen, werde dieses Ziel nie erreicht werden. Die Finanzbeamten könnten auch dem deutschen Volke gegenüber ihre Tätigkeit nur dann verantworten, wenn die Finanzverwaltung die Gewähr dafür übernehme, daß jeder einzelne Pfennig so angewendet werde, wie es der Arbeitsschweiß, der an diesem Pfennig haften, verlange.

Weiter betonte der Minister, daß auch die Spartkraft des deutschen Volkes hineingestellt werden müsse in den Dienst der Wehrhaftmachung. Dies würde zur Folge haben, daß hier und da Lieblingswünsche, aber auch wirtschaftlich Wertvolles und vielleicht Notwendiges, zurückgestellt werden müsse vor der Erreichung des einen Zieles. Diese wirtschaftlichen Aufgaben, wie etwa auch der Wohnungsbau, würden zurückgestellt als die großen Arbeitserlösen für eine Zeit, in der die Wehrhaftmachung bis zu einem gewissen Grade durchgeführt sei.

Dem Außenhandl wies der Redner die Aufgabe zu, den Sicherungsfaktor für unsere Rohstoffeinzufuhr zu bilden. Das sei wichtiger für die gesamte Wirtschaft, als daß man von dem Außenhandel eine starke Belebung der Wirtschaft durch Bestämpfung der Arbeitslosigkeit verlange.

Mit bestimmten Worten hob der Reichsfinanzminister sodann die Bedeutung der Privatinitiative des einzelnen Unternehmers hervor, die nicht ausgeschaltet werden dürfe, wenn auch für die nächsten Jahre der Hauptanteil an der wirtschaftlichen Belebung nach wie vor dem Staat zufalle.

Der Minister rief am Schluß seiner Ausführungen alle deutschen Volksgenossen auf, sich durch zeitweilig auftretende Schwierigkeiten nicht an der großen Aufgabe irre machen zu lassen. Die Regierung könne die großen Aufgaben nur dann erfüllen, wenn jeder Einzelne bereit und gewillt sei, an seinem Plage mitzuarbeiten.

Das Ehe-tauglichkeitszeugnis

Die erste Durchführungsverordnung zum Ehegesundheitsgesetz, die loben ergangen ist, regelt im einzelnen das Verfahren für die Ausstellung des Ehe-tauglichkeitszeugnisses. Dabei wird noch einmal darauf hingewiesen, daß vorläufig noch das Ehe-tauglichkeitszeugnis nur bei zwingenden Gründen, wenn der Standesbeamte begründete Zweifel über das Vorliegen eines Ehe-hindernisses hat. Zwecks Erlangung des Ehe-tauglichkeitszeugnisses hat sich jeder Verlobte bei dem Gesundheitsamt unterziehen zu lassen, in dessen Bezirk er seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat. Das Gesundheitsamt stellt entsprechende Ermittlungen über die Erbgenehmigung der Verlobten an. Der Verlobte kann sich auch von einem vom Reichsarztchef hierfür zugelassenen Arzt der freien Praxis unterziehen lassen, und zwar kostenlos, wenn er einer reichsdeutschen Krankenkasse oder einer Erjaklasse angehört. Das Untersuchungsergebnis wird an das zuständige Gesundheitsamt weitergeleitet. Die Ausstellung des Ehe-tauglichkeitszeugnisses erfolgt durch das für die Unterzeichnung der Braut zuständige Gesundheitsamt. Es wird ungültig, wenn die Ehe nicht binnen sechs Monaten nach der Ausstellung geschlossen wird. Für die Erteilung oder Verlagung des Ehe-tauglichkeitszeugnisses wird von jedem Verlobten eine Gebühr von 5 Mark erhoben, die bei Bedürftigkeit ermäßigt oder erlassen wird. Gegen die Verlagung oder Zurücknahme des Ehe-tauglichkeitszeugnisses kann jeder Verlobte die Entscheidung des Erbgenehmigungsgerichtes anrufen, und gegen die Entscheidung des Erbgenehmigungsgerichtes ist auch noch Beschwerde an das Erbgenehmigungsbergericht zulässig. Für das gerichtliche Verfahren wird in jedem Rechtszug eine Gebühr von 5 Mark erhoben. Die Kosten des Verfahrens muß der unterliegende Verlobte tragen. Ist rechtskräftig festgestellt, daß ein Ehe-hindernis nicht besteht, so werden die gerichtlichen Gebühren erstattet. Das Aufgebot darf erst angeordnet werden, wenn dem Standesbeamten das Ehe-tauglichkeitszeugnis vorgelegt worden ist. Die Verordnung trifft auch eine Res-

gelung für die Fälle, in denen ein Verlobter seinen Aufenthalt im Auslande hat.

Gleichwusch des Führers an Reichsminister Kertel

Berlin, 11. Dez. Der Führer und Reichsminister hat an den Reichs- und preussischen Minister für die kirchlichen Angelegenheiten, Hans Kertel, anlässlich dessen 48. Geburtstages folgendes Gleichwuschtelegramm gesandt:

„Zu Ihrem Geburtstage sende ich Ihnen im treuen Gedenken meine aufrichtigen Gleichwünsche. Ich weiß, daß dem Wohle Deutschlands zu dienen Ihnen immer heiligste Pflicht war. Das Vertrauen, das ich und mit mir Millionen treuer deutscher Volksgenossen in Sie setzen, ist begründet in der Lauterkeit Ihres Charakters und der Reinheit Ihres Willens. Nehmen Sie meinen herzlichsten Dank entgegen für die der Bewegung und dem Vaterlande bisher geleisteten Dienste.“

Verhaftung des Berliner Domkapitulars Dr. Banasch

unter dem Verdacht des Verrats von Staatsgeheimnissen
Berlin, 11. Dez. Die Geheime Staatspolizei nahm vor kurzem nach Verhaftung des Herrn Reichs- und preussischen Ministers für die kirchlichen Angelegenheiten eine Hausdurchsuchung in den Räumen der Informationsstelle der Bischöflichen Behörden Deutschlands in Berlin vor. Der Geschäftsführer der Informationsstelle, Domkapitular Prälat Dr. Banasch, dessen Sekretär, sowie einige katholische Geistliche im Reich wurden unter dem dringenden Verdacht des Verrats von Staatsgeheimnissen verhaftet. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Wiederwahl der schweizerischen Bundesregierung

Bundesrat Meyer Präsident des Bundesrates

Bern, 11. Dez. Die Vereinigte Bundesversammlung, Nationalrat und Ständerat, nahm, wie nach Parlamentswahlen üblich, am Mittwoch früh die Neuwahl der Bundesregierung vor. Die vier maßgebenden bürgerlichen Parteien beantragten, die bisherigen sieben Mitglieder der Bundesregierung wieder zu wählen. Die Sozialdemokraten hatten Verret-Neuenburg und Huber-St. Gallen als ihre Anwärter aufgestellt. In den Wahlgängen erhielt Dr. Meyer 148 von 204 gültigen Stimmen und damit die höchste Stimmenzahl. Ihm folgt Bundesrat Korta. Die sozialdemokratischen Anwärter konnten nur 45 bzw. 50 Stimmen auf sich vereinen. Zum Präsidenten der Bundesregierung wurde für das Jahr 1936 Bundesrat Meyer gewählt, zum Vizepräsidenten Bundesrat Korta. Die Verteilung der Ämter in der Bundesregierung ist folgende:

- Motta, Leiter des Politischen Departements.
- Violet, Leiter des Post- und Eisenbahndepartements.
- Minger, Leiter des Militärdepartements.
- Meyer, Leiter des Finanzdepartements und Präsident des Bundesrats.
- Baumann, Leiter des Justizdepartements.
- Etter, Leiter des Innendepartements.
- Obrecht, Leiter des Volkswirtschaftsdepartements.

Zusammenarbeit Amerikas und Englands auf der Flottenkonferenz

London, 11. Dez. Der Marinemitarbeiter des „Daily Telegraph“ begrüßt die Haltung Englands und der Vereinigten Staaten auf der Flottenkonferenz. Beide Mächte hätten klargestellt, daß sie geschlossen unabänderlich gegen die japanische Forderung nach allgemeiner Gleichheit der Flotten für die fünf Konferenzmächte seien. Der japanischen Delegation sei zu verstehen gegeben worden, daß die Verhandlungen der Flottenkonferenz nicht auf dieser Grundlage geführt werden können. Die Japaner hätten anscheinend mindestens auf die Unterstützung Frankreichs und Italiens gerechnet, aber diese sei ausgeblieben. Bei der Sitzung des ersten Ausschusses der Flottenkonferenz sei die Befürwortung der Verminderung der Tonnage der Kriegsschiffe durch britische Delegierte von den Amerikanern unterstützt worden. Es verlautet, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, beim Bau von Schlachtschiffen eine Verminderung der Tonnage um mehrere Tausend Tonnen und eine Herabsetzung des Kalibers ihrer Geschütze von 40 Zentimeter auf 35 Zentimeter in Betracht zu ziehen. Dies würde eine Ersparnis von 750 000 Pfund Sterling bei jedem britischen Schlachtschiff bedeuten. An Unterseebooten fordere Frankreich 126 000 Tonnen, was eine

Der letzte Junker von Rothenburg

Roman von Paul Hain.

Sie verstand es vorzüglich, sich mit der Geislichkeit gut zu stellen und Frömmigkeit zu heucheln. Aber innerlich loderte dämonische Leidenschaft in ihr — und Walter von Beveging wußte sehr wohl, wie es um sie bestellt war. Sie verbrauchte bedeutend mehr Geld, als ihr zur Verfügung stand — ihre Neigung für Glanz und Pracht ging ins Ungemessene.

Sie war heute an das Hoflager des Kaisers befohlen. Eine Dienerin war bei ihr. Sie wartete auf einen Wagen des Kanzlers, der sie an Ort und Stelle bringen sollte.

Die Magd richtete ihr den Schleier.

Auf einmal stieß diese einen Schrei aus: Heilige Maria! Auch die Kebsbube fuhr zusammen. Das goldene, an einer Kette hängende Kreuz, das sie gerade in der Hand hielt, fiel zu Boden.

Ein Reiter war an dem Fenster vorübergejagt. Der Hufschlag dröhnte gegen die Mauern. Was ein Witz mußte er aus dem Dunkel der Straße herausgehaut sein, und fast im gleichen Augenblick hieb eine Faust gegen das Tor.

„Botschaft des Grafen Beveging von Rothenburg.“

Jemand öffnete.

Die Kebsbube stand still. Der Schreck war ihr in die Glieder gefahren. Diese Kuriere tauchten urplötzlich auf, waren Teufelskerl. Die Magd hob das Kreuz vom Boden auf; ihre Hand zitterte.

Da wurde schon die Tür aufgerissen. Kuriere waren niemals sonderlich höflich.

„Botschaft für die Frau Kebsbube des Klosters „Zum Heiligen Blut!“

„Die bin ich.“

Eine Pergamentrolle flog aus dem Armelausschlag des Reitrodes auf den Tisch.

„Zu eigenen Händen der Frau Kebsbube und sofort zu lesen.“

Flotte von ungefähr 150 U-Booten bedeute. Nach verlässlichen Mitteilungen werde jedoch von französischen Marinefachleuten zugegeben, daß Frankreich bereits soviel U-Boote habe, wie es in Betrieb halten könne. Die britischen und amerikanischen Delegierten würden sich bemühen, den französischen Anspruch auf 72 700 Tonnen herunterzuschrauben.

Eden über die Friedensvorschläge

Auch Baldwin äußert sich noch einmal

London, 11. Dez. Trotz der Erklärung Baldwins, daß zur Zeit keine Einzelheiten über die im Gange befindlichen Friedensverhandlungen bekanntgegeben werden könnten, bestand die arbeiterparteiliche Opposition im Unterhaus auf einer Aussprache über den italienisch-abessinischen Streit.

Eden erklärte u. a.: Die drei Hauptgrundsätze, auf die die Vorschläge sich stützen, sind:

1. ein Gebietsaustausch, der beiden Seiten bestimmte Vorteile bietet,
2. Völkervereinigung für Abessinien zum Zwecke sozialer, wirtschaftlicher und Verwaltungsmäßiger Entwicklung.
3. besondere Berücksichtigung für italienische Siedler und italienische Gesellschaften in Verbindung mit der wirtschaftlichen Entwicklung.

Es sei ihm zur Zeit nicht möglich, die in Paris erörterten Vorschläge allgemein bekanntzugeben. Eine Veröffentlichung komme erst dann in Frage, wenn die zuständigen Völkervereinigungsorgane die Vorschläge erwogen und einen Beschluß hierüber gefaßt haben. England habe stets klar zum Ausdruck gebracht, daß die Interessen dieses Landes an diesem Konflikt nur die Interessen als Mitglied des Völkerbundes seien. England habe nichts mit der italienischen Innenpolitik zu tun. Das würde auch die Haltung Edens für die ganze Dauer des Konfliktes bleiben. Der Vorschlag, auf den man sich in Paris geeinigt habe, stelle nicht notwendigerweise den Standpunkt der französischen Regierung oder den Standpunkt der britischen Regierung dar. Es handle sich vielmehr um Anregungen, die die Parteien insoweit setzen sollten, zusammenzukommen. Das sei der einzige Zweck dieser Vorschläge.

Die Beunruhigung der Parlamentsmitglieder über die Entwicklung des abessinischen Streitfalles fand im Unterhaus in später Abendstunde Ausdruck in einer längeren Aussprache, die von Ministerpräsident Baldwin abgeschlossen wurde. Die Ausführungen der Oppositionsredner zeigten, daß sie durch Edens Erklärung keineswegs beruhigt worden sind, sondern befürchten, daß die französischen Pressemeldungen über den Inhalt des Friedensplanes nicht völlig auf Erklärung beruhen.

Baldwin jagte u. a., seine Haltung gegenüber dem Völkerbund sei stets folgerichtig gewesen. Er habe niemals den Standpunkt vertreten, daß bei einem Versagen des Völkerbundes Verzweiflung am Werke sei, im Gegenteil sollte ein solches Versagen ein Antrieb sein, das nächstmal nach einer besseren Leistung zu streben. Die britische Regierung schreite auf dem bisherigen Wege gemeinsam mit anderen Völkervereinigungsmitgliedern vorwärts und werde so weit gehen, wie die anderen Mitglieder gehen wollten. Ein einseitiges Vorgehen werde jetzt ebenso wenig wie früher beabsichtigt. Die Macht Englands sei nicht vollkommen, wenn auch sein Ansehen groß sei. Vielleicht werde dieses Ansehen durch die Aussprache geschädigt werden, aber er hoffe, daß dies nicht der Fall sein werde.

Baldwin erklärte: Wir hatten Auftrag, diese Unterredung mit den Franzosen anzustellen. Eden wird dem Völkerbund seinen Bericht erstatten. Er wird und kann gar nicht die Annahme der Regelung des Völkerbundes aufzuzügeln, wenn der Völkerbund nichts davon wissen will. Ebenso wenig kann er sie Italien oder Abessinien aufzuzügeln. Wir wissen nicht, was jede dieser drei Parteien beschließen wird. Wenn nichts dabei herauskommt, müssen wir es später nach und nach wieder versuchen. Wir werden wiederum die ganze Frage zu erwägen haben, wie weit Sühnemassnahmen gehen können.

Die Opposition hat es so hingestellt, als wäre es eine ganz einfache Sache, die Deluzsur nach Italien zu unterbinden. Es handelt sich aber um eine außerordentlich verwickelte Frage. Wenn wir den Schritt tun, müssen wir sicher sein, daß er wirksam ist. Wir setzen genau dieselbe Politik wie bisher fort. Eden reist am Mittwoch nach Genf und wir werden sehr bald wissen, welche Rückwirkungen der von uns gesteuerte Kurs hervorrufen wird. Hierauf setzte die Arbeiteropposition zum Zeichen des Protestes eine Abstimmung über die Antwortadresse auf die Thronrede durch. Die Adresse wurde mit 281 gegen 139 Stimmen angenommen.

Er dämpfte die Stimme.
Graf Siegfert von Beveging, der Schutzherr von Rothenburg, ist vor zehn Tagen gestorben. Dieses der Frau Kebsbube kund und zu wissen.“

„Graf Siegfert?“
Der Kurier hatte keine Zeit mehr. In strammer Haltung grüßte er. Stürzte aus dem Zimmer. Wenige Augenblicke danach preschte der Gaul, als wäre der Teufel hinter ihm, am Fenster vorüber. Der Kurier hatte noch mehr als diesen Auftrag zu erledigen.

Die Kebsbube winkte der Magd mit der Hand zu:
„Geh, ich brauche dich nicht mehr.“
Dann war sie allein.

Sie griff nach der Pergamentrolle. Das Wappen der Beveging war darauf, ein Bärenklaus in rotem Felde, darunter Schwert und Lanze miteinander gekreuzt.

Sie öffnete das Schreiben.
Und während sie las, ging eine seltsame Veränderung in ihrem Gesicht vor. Ein Ausdruck sieghafter Triumphes breitete sich darin aus. Der Tod des Grafen Siegfert schien vergessen zu sein. Andere Gedanken mußten sich ihrer bemächtigt haben.

Langsam ließ sie das Schreiben sinken.
Sie wäre keine Frau gewesen, wenn sie nicht gaaht hätte, daß es hier — wiederum um Bärbele ging, um diese kleine holde Rothenburgerin. Nun — sollte er sein Abenteuer haben! Der Narr! Sie hatte ja ihren Vorteil davon! Und jetzt — würde er wohl noch freigebiger sein als vor dem, jetzt, da er — der Erbe war. Der — einzige! Ah — noch wußte Jörg nichts davon.

Aber Graf Walter sollte nicht glauben, daß diese Leidenschaft für Bärbele je etwas anderes sein durfte als — eine Epihodie! Nun ja — diese Epihodie sollte er haben! Dann aber — die Kebsbube lächelte sieghaft vor sich hin.

Graf Walter — es ist ein gefährlich Ding, eine Frau wie mich zur Verbündeten zu haben! —

Abstimmende Stimmen in Norwegen

Oslo, 11. Dez. Die Nachrichten von dem englisch-französischen Friedensvorschlag im ostafrikanischen Konflikt werden von den führenden Blättern Norwegens mit großer Empörung wie der gegeben. „Aftenposten“ schreibt, daß der Völkerbund, falls er diese Vorschläge gutheißt, den letzten Funken von Idealismus verlieren würde. Norwegen müsse dann aus dem Völkerbund austreten. Die kleinen Staaten hätten nichts zu suchen dort, wo von den Großmächten über die Köpfe der Kleinen hinweg nach den „alten Methoden“ die wichtigsten Entscheidungen getroffen würden. Die Verwirklichung dieser Friedensvorschläge wäre geradezu eine Belohnung des Angreifers. „Dagbladet“ sagt, daß der Völkerbund es nicht den Großmächten überlassen dürfe, den ostafrikanischen Konflikt nach ihren selbstfüchtigen Interessen zu lösen. Selbstverständlich könnten die kleinen Staaten im Völkerbund keine Verantwortung für die nunmehr getroffene Ordnung der Dinge übernehmen. Ein solcher Friede, wie ihn England und Frankreich vorschlägen, mache die Verhandlung von Konflikten durch den Völkerbund zu einer Karikatur. Es erscheine im übrigen auch nicht glaubhaft, daß Abessinien einen solchen Frieden freiwillig annehmen würde.

Uebereinstimmung zwischen Paris und London

Die Verfahrensfrage noch nicht geklärt

Paris, 11. Dez. Wie in politisch gut unterrichteten Kreisen bekannt wird, ist in der Besprechung, die Laval mit Unterstaatssekretär Sir Robert Conittard und dem britischen Vorkaufier in Paris gehabt hatte, endgültig die Uebereinstimmung zwischen der französischen und der britischen Regierung über die Formulierung der Bedingungen zur Beilegung des italienisch-abessinischen Streitfalles festgelegt. Diese Formulierungen bilden auch den Inhalt der Vorschläge, die im Laufe der Nacht den Vorkaufieren bzw. Gesandten Italiens und Abessinien übermittelt werden sollen. Der britische Kabinettsrat habe die Friedensvorschläge vollkommen gebilligt und wenn Einwände erhoben worden seien, so hätten diese nur Einzelheiten im Wortlaut betreffen.

Es bleibe jetzt lediglich die Frage des Verfahrens offen, die bis zum Augenblick noch nicht vollkommen geklärt sei. Laval, der am Mittwochabend nach Genf reise, werde im Laufe seiner Fahrt oder bei seiner Ankunft darüber eine Besprechung mit Eden haben, der sich ebenfalls nach Genf begeben, um England im Ahtzehner-Ausschuß zu vertreten. Rodariaga werde sich im gleichen Zuge befinden. Somit würden die französischen und die englischen Minister Gelegenheit haben, sich mit dem Vorsitzenden des Ahtzehner-Ausschusses zu besprechen. Man sei daher der Ansicht, daß in Anbetracht der britisch-französischen Einigungsbemühungen der Ahtzehner-Ausschuß dazu gebracht werden könne, seine Entscheidung über die Deluzsurfrage hinauszuschieben. Auf Grund der Pariser Vorschläge würden notwendigerweise Besprechungen in Genf stattfinden.

Emeres Flugzeugunglück in England

11 Tote

London, 11. Dez. Ein Sabena-Verkehrsflugzeug ist auf dem Flug von Brüssel nach London am Dienstag nachmittag bei Tatsfield in der Grafschaft Kent abstürzt. An Bord befanden sich ein Flugzeugführer, ein Funker, ein Kellner und sieben Fluggäste, die sämtlich das Leben einbüßten. Die Maschine, die ein von der belgischen Gesellschaft Sabena gekauftes dreimotoriges Savoia-Flugzeug italienischer Herkunft war, ist völlig zerstört.

Unter den verunglückten Fluggästen befanden sich vier Deutsche und zwei Engländer. Die Deutschen, die aus Köln kamen, sind Frau Scholer, Fräulein Cyona und die Herren Heingman und Jüdemann. Es handelt sich um das schwerste Flugzeugunglück, das sich bisher auf englischem Boden ereignet hat.

Der Hoare-Laval-Plan vor dem Ahtzehner-Ausschuß

London, 11. Dez. Der Völkervereinigungsminister Eden hat am Mittwoch London verlassen, um sich ohne Aufenthalt nach Genf zu begeben. Wie verlautet, geht diese Reise Edens nach Genf auf den Beschluß des Kabinetts zurück. Es hat beschlossen, Hoare-Laval-Plan am Donnerstag dem Ahtzehner-Ausschuß des Völkerbundes vorgelegt werden soll. Die Beratung der Deluzsur soll auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

Nachlässig strich ihre Hand über das Schreiben. Noch einmal las sie einige Worte, die ihr gerade in die Augen fielen.

„Beim Mainz ist die günstigste Stelle. Ihr werdet dort Botschaft finden, wenn Ihr durch das große Tor reitet. Dann erbligt sich alles von selbst. Wichtig ist, daß Ihr, hochwürdige Frau, ihn veranlaßt, mit Euch gemeinsam zurückzukommen. Wir sehen uns dann in Saynsheim, bis wohin ich Euch entgegenkomme. Mein Dank wird nicht gering sein.“

Sie nahm das Schreiben auf, hielt es über das Licht. Die Flamme züngelte empor — dann ließ sie das Blatt in die mormorne Schale auf dem Tisch fallen, wo es verbrannte.

„Das findet niemand wieder.“ sagte sie leise.
Bald darauf fuhr der Wagen des Kanzlers vor, den er der Kebsbube während ihres Aufenthaltes in Köln zur Verfügung gestellt hatte. Und eine halbe Stunde später war sie inmitten des Gedränges der Gäste, die Kaiser Wenzel zum letztenmal während seines Aufenthaltes in Köln um sich versammelt hatte.

Bergebens spähte die Kebsbube nach Jörg aus. Er war unter der Schar der Gäste noch nicht zu sehen. Sollte er etwa . . . aber nein, Walter Beveging hatte ihr doch mitgeteilt, daß Jörg erst nach ihr die Trauerbotschaft durch den Kurier erhalten würde. Wenn er vielleicht auch sofort heimreisen wollte — er mußte sich doch unter allen Umständen vom Kaiser verabschieden. Und der — war bereits hier und hatte ihr selbst schon mancherlei Schmeicheleien gesagt. Von der Nachricht, die sie erhalten, hatte sie geschwiegen.

Da tauchte — Jörg auf.
Seine hohe fehrnige Gestalt war sofort zu erkennen. Die Kebsbube bemerkte die Blässe seines Gesichtes, die störende Unruhe der Augen.

Nun — trat er auf Wenzel zu.
Sie hielt sich in der Nähe auf. Hörte seine Worte:
„Allergnädigster Herr — ich bitte um kurzes Gehör. In einer dringenden Sache —“

(Fortsetzung folgt.)

Vertrauen für das Memelbirektorium

Memel, 11. Dez. Der memeländische Landtag trat am Dienstag zu seiner dritten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen vier Gesetzesvorlagen über Maßnahmen zur Erleichterung der Lage der Landwirtschaft, eine Vorlage zur Regelung des Notopfergesetzes, einige Anträge über technische Fragen und einige Dringlichkeitsanträge. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Präsident des Direktoriums, Baldischus, eine kurze Erklärung ab, in der er auch formell das Vertrauen des Landtages für sein Direktorium erbat. Darauf wurde dem Direktorium Baldischus mit 21 Stimmen bei Stimmenthaltung der fünf litauischen Abgeordneten und der drei Direktoriumsmitglieder, die als Landtagsabgeordnete hier nicht in eigener Sache mit abstimmen wollten, das Vertrauen ausgesprochen. Die nun folgende Erledigung der Tagesordnung wickelte sich rasch und glatt ab. Die eingebrachten Gesetzesvorlagen wurden in erster Lesung und zum Teil auch in zweiter Lesung angenommen. Dann wurde die Geschäftsordnung über die Beschlußfähigkeit des Landtages durch einen Antrag abgeändert. Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

„Wird die Beschlußfähigkeit des Landtages dadurch herbeigeführt, daß anwesende Abgeordnete den Sitzungssaal verlassen, oder ist trotz ordnungsgemäßer Ladung die für die Beschlußfähigkeit erforderliche Anzahl von 20 Abgeordneten von vornherein nicht erschienen, so kann der Präsident eine Sitzung mit der gleichen Tagesordnung frühstens auf den nächsten Tag anberaumen, in welcher der Landtag bei Anwesenheit von 16 Mitgliedern beschlußfähig ist. Die Einberufung muß erfolgen, wenn mindestens drei Mitglieder es verlangen.“

Durch die Annahme einiger Dringlichkeitsanträge wurden schließlich die von den Direktorien Keisggs und Bravelaitis getroffenen geschäftlichen Kürzungen der Unterstützungen für Kriegsbefähigte und Arbeitslose sowie die ungelegliche Kürzung von Beamtenbezügen rückgängig gemacht.

Verteilung der Nobelpreise

Stockholm, 11. Dez. In Anwesenheit König Gustavs V und mehrerer Mitglieder des schwedischen Königshauses fand im großen Saal des Neuen Konzerthauses die feierliche Verteilung der diesjährigen Nobelpreise statt. Die Feier wurde eröffnet durch eine Ansprache des Vorkenners der Nobelpreisstiftung, Vandeshaupmann Hammarström, der das Werk und die Stiftung Nobels würdigte.

Dann überreichte der König in feierlicher Zeremonie die vier Nobelpreise. Den Preis für Physik erhielt der englische Gelehrte Hans Chadwick, die Preise für Chemie fielen an das französische Ehepaar Joliot-Curie, und als vierter Preisträger empfing Professor Hans Spemann-Freiburg i. Br. den Preis aus den Händen des Königs. Der Nobelpreis besteht aus einer goldenen Medaille, einer Urkunde und einem Scheck über 170 000 schwedische Kronen.

Am Abend fand im Goldenen Saal des Stockholmer Stadthauses ebenfalls in Anwesenheit des Königs das traditionelle Nobel-Bankett statt, in dessen Verlauf der deutsche Preisträger Professor Spemann folgende kurze Ansprache hielt:

„Wenn ich heute die höchste wissenschaftliche Ehrung, die die moderne Kulturwelt kennt, aus der Hand des Schwedenkönigs mit einem Gefühl tiefer Dankbarkeit empfangen, so tat ich es nicht für mich allein; ich stehe hier als Führer eines Freundeskreises, welcher in kameradschaftlicher Verbundenheit die Kenntnisse des Lebens zu erweitern und zu vertiefen strebt. Ich stehe hier als Sohn meines Volkes, welches sich nichts höher wünscht, als in seinem Bestand gesichert und geehrt im Kreise der Kulturvölker am Aufbau einer besseren Menschheitszukunft mitzuarbeiten. Als Sohn dieses Volkes grüße ich meine Kollegen aus England und Frankreich, die mit mir der gleichen Ehre würdig wurden. Ich grüße das gastfreie und ritterliche Schweden. Möge es unter seinem hohen Herrscherhause blühen und gedeihen bis in die fernsten Zeiten.“

Abdis Abeba erwartet Fliegerangriff

Panik in der Stadt

Abdis Abeba, 11. Dez. In der Nacht zum Mittwoch trafen in Abdis Abeba Nachrichten ein, die für die Morgenstunden des Mittwochs einen Bombenangriff der italienischen Flieger auf die Hauptstadt ankündigten.

Um 3.30 Uhr morgens begann die Räumung der Stadt durch die Bevölkerung. Zu Tausenden und Untertausenden stürzten die Einwohner in langen Zügen und begleitet von Wagentruppen in die Umgebung von Abdis Abeba und in die umliegenden Berge. Europäer und Eingeborene wurden von der von Haus zu Haus gehenden Polizei aus dem Schlaf geweckt und aufgefordert, sich in Sicherheit zu bringen. Allgemein hat eine panikartige Stimmung Platz gegriffen. Alle verfügbaren Kraftwagen werden zu Preisen von 100 bis 200 RM gemietet, um aus der bedrohten Stadt zu gelangen.

Später wird gemeldet: Der auf Grund verschiedener Meldungen für die Morgenstunden des Mittwochs allgemein erwartete italienische Luftangriff ist bis 10 Uhr vormittags nicht erfolgt. Im Laufe des Vormittags wurden die Läden in der Stadt wieder geöffnet. In der ersten Aufregung haben ungefähr 20 000 Menschen Abdis Abeba verlassen. Das Geschäftsviertel war bereits um 6 Uhr morgens von Tausenden umlagert, die dort Schutz zu finden hofften.

Die abessinischen Behörden haben eine vierfache Verstärkung des Polizeidienstes eingerichtet. In allen Straßenecken wurden zur Bekämpfung von Bränden infolge von Bombenabwurf große Fässer mit Wasser aufgestellt.

Der italienische Heeresbericht besagt nur: „Von der ganzen Front ist nichts Bemerkenswertes zu verzeichnen. Hinter der Front ist die Organisation aller Nachschubdienste und des Straßennetzes in vollem Gange.“

Kabinettskrise in der Tschechoslowakei

Prag, 11. Dez. In den Mittagsstunden des 11. Dezember beschloß ein außerordentlicher Ministerrat den Rücktritt der Gesamtregierung. Ministerpräsident Hodza hat sich nach Schloß Lana zum Staatspräsidenten Masaryk begeben und seinen Rücktritt angeboten.

Staatspräsident Masaryk hat den Rücktritt der Regierung, den ihm der Ministerpräsident Hodza am Mittwoch nachmittag auf Schloß Lana anbot, nicht angenommen. Ueber die weitere Entwicklung der durch die Krise in der Regierungsmehrheit entstandenen schwierigen Lage herrscht Unklarheit.

Ministerpräsident Hodza hat den Ministerrat für den Nachmittag zu einer zweiten außerordentlichen Sitzung einberufen, in der die Lage erörtert werden wird. Da der radikale Flügel der tschechischen Agrarier den Wünschen der linken Parteien weiter heftigen Widerstand entgegensetzt, ist augenblicklich nicht abzusehen, wie eine Lösung der Krise erfolgen wird.

Vor dem Rücktritt der ägyptischen Regierung

Kairo, 11. Dez. Ministerpräsident Tewfik Ressim Pascha wird am Donnerstag dem König den Gesamttritt des Kabinetts anbieten.

Wie verlautet, ist der Grund für den Rücktritt darin zu suchen, daß England sich gegenüber den ägyptischen Wünschen auf Wiedereinführung der Verfassung von 1923 ablehnend verhält. Man rechnet damit, daß der König die Parteiführer zu Besprechungen empfangen wird.

Soziales

Wildbad, den 12. Dezember 1935.

Deutsche Arbeitsfront, Ortsgruppe Wildbad. Am Samstag, den 14. Dezember 1935, abends 8 1/2 Uhr, findet in der Turn- und Festhalle in Wildbad eine große öffentliche Versammlung der NSDAP. statt. Bg. Stadtmayer, Stuttgart spricht über das Thema: „Wörter im Kampf gegen die Feinde der Nation, für Ehre, Freiheit und Brot.“ Es ist Pflicht eines jeden Volksgenossen der DAFF, Ortsgruppe Wildbad, an dieser Versammlung teilzunehmen. Es ist Pflicht eines jeden Betriebs, an dieser Versammlung vollständig teilzunehmen.

— In zwei Wochen ...! Es sind nur mehr zwei Wochen bis zum Weihnachtsfest. Das allmähliche Herannahen des Festes kündigt sich schon überall, vor allem zu Hause, an. Vorweihnachtszeit ist's und niemand kann sich ihrer Stimmung entziehen. Die Abende senken sich schon sehr früh herab und in den Straßen leuchten die Lichter und die farben-glänzenden Schaufenster der Geschäfte die Vorübergehenden an. Die Kinder bestaunen vor allem die ausgestellten Spielwaren in den Auslagen und zählen zu Hause die Tage bis zum Fest am Kalender ab. Sie erzählen einander von ihren Wünschen und von den Dingen, die sie sich erhoffen. Christkindleinbriefe und Wunschzettel werden geschrieben und vor die Fenster gelegt. Man hört das Einüben von Weihnachtsliedern. Die größeren Kinder sind eifrig daran, ihre Weihnachtsstippeln herzurichten. Verkosteten arbeiten des Tags über und besonders in den langen Abendstunden die Kleineren an Geschenkartikeln und Überraschungen, die sie ihren Liebsten mit eigener Hand fertigen. Kein Wunder, wenn jetzt das Haus an Heimlichkeiten und Geheimnissen reicher wird. Sorgende Mütter besaßen sich — oft unter Zuhilfenahme des hart Erarbeiteten mit der Herstellung von Weihnachtsgebäck und Süßigkeiten, und manches Stücklein wird den bittenden Kleinen als Vorkost der Herrlichkeiten zum Kosten geschenkt. Die Christbäume sind schon in allerhöchster Nähe; sie rollen allmählich in die Städte und Städte, und bald wird der Verkauf einsehen. Schon brannten zwei Kerzen am Adventskranz im traulichen Zimmer und brachten vorweihnachtsliche Stimmung. Mehr und mehr klingen nun aus der Stille der Adventszeit die Gedanken zum beiseitigen Weihnachtsfest hinüber...

Lohnsteuerkarte 1936

Möglichkeiten zur Ermäßigung der Lohnsteuer

Die Gemeinden stellen in diesen Wochen den in einem Angestellten- oder Arbeitsverhältnis stehenden Personen die Steuerkarte für 1936 zu, die bekanntlich die Grundlage für den Lohnsteuerabzug sowohl wie auch für die Erhebung der Bürgersteuer im kommenden Jahre bildet. Die Lohnsteuer wird dabei wieder auf Grund der im Vorjahre neu herausgegebenen Lohnsteuer-Tabellen errechnet. Diese Tabellen sind gegenüber früher wesentlich vereinfacht insofern, als sich aus ihnen die je nach dem Familienstand des Arbeitnehmers zu entrichtende Lohnsteuer ohne weiteres in einem Betrage ablesen läßt. Tugendwelse vorherigen Abzüge vom Bruttoarbeitslohn, z. B. für den steuerfreien Lohnbetrag von 720 RM, für Werbungskosten und Sonderleistungen von 40 RM, sind nicht mehr erforderlich; denn alle diese Freibeträge sind schon in die Tabellen selbst hineingearbeitet. Das gilt auch von den Familienermäßigungen. Die Tabelle gilt nur nicht für sogenannte sonstige Bezüge, zu denen insbesondere einmalige Einnahmen, wie Lantien, Gratifikationen und dergl. rechnen, ferner auch nicht für Arbeitslohn aus einem zweiten oder weiteren Dienstverhältnis und für Bezüge der mitverdienenden Ehefrau. Für derartige Einkünfte beträgt die Lohnsteuer (in Prozent):

- a) bei ledigen Arbeitnehmern 16
- b) bei anderen Arbeitnehmern:
 1. wenn ihnen keine Kinderermäßigung gewährt wird 10
 2. wenn ihnen Kinderermäßigung gewährt wird:
 - für ein Kind 8
 - für zwei Kinder 6
 - für drei Kinder 3
 - für mehr als drei Kinder 1

Die Grundlage für die Berechnung der Lohnsteuer ist stets die Steuerkarte. Bei ihrem Erhalt achtet man zunächst darauf, daß der Familienstand richtig vermerkt ist und auch sonst die stehenden Möglichkeiten zur Eintragung weiterer steuerfreier Beträge ausgenutzt werden. Bei Unstimmigkeiten stelle man schleunigst bei der Gemeinde bzw. bei dem Finanzamt entsprechende Anträge auf Berichtigung oder Neueintragung. Familienermäßigungen werden fortan nicht nur für minderjährige Kinder, sondern auch für volljährige Kinder bis zu 25 Jahren gewährt, die noch in der Berufsausbildung auf Kosten des Steuerpflichtigen begriffen sind oder die sich als Arbeitsdienstwillige, bis zum außerplanmäßigen Truppführer einschließlich, im freiwilligen Arbeitsdienst oder in der Ausbildung bei der Wehrmacht befinden (Fahnenjunker, bis zum Oberfähnrich einschließlich, andere Wehrmachtangehörige bis zum Gefreiten). Alle diese Familienermäßigungen werden von der Gemeinde auf der Steuerkarte häufig noch nicht berücksichtigt sein, so daß man jetzt schleunigst ihre Aufnahme beantragen muß. Die Berichtigung des Familienstandes kann auch während des laufenden Jahres erfolgen, wenn er sich während des Jahres ändert, z. B. infolge Heirat, Geburt usw. Es empfiehlt sich, solche Veränderungen schleunigst anzugeben und Berichtigung der Steuerkarte zu erwirken, denn im Laufe eines Kalenderjahres hinzugekommene Familienangehörige dürfen beim Steuerabzug erst berücksichtigt werden, wenn die Steuerkarte berichtigt ist. Umgekehrt wird der Wegfall von Familienangehörigen, z. B. durch Tod oder durch Erreichung der Volljährigkeit im Laufe des

Mütter, lernt um!

Wie kommt es, daß die meisten Mütter, die Zahnpflege treiben, dies wohl morgens tun, aber fast nie abends? Weil sie es so in ihrer Jugend gelernt haben! Es ist noch viel zu wenig bekannt, daß die Zahnpflege mit einer guten Qualitäts-Zahnpaste wie Chlorodont vor dem Schlafengehen wichtiger ist als in der Frühe. Gerade am Abend müssen die Zähne mit Chlorodont gereinigt werden, damit die Speisereste nicht in Gärung übergehen und hierdurch Karies (Zahnfäule) hervorruft. Also Mütter, lernt um!

Kalenderjahres beim Lohnsteuerabzug nicht berücksichtigt; dies braucht also dem Finanzamt oder der Gemeinde für Lohnsteuerzwecke nicht besonders gemeldet zu werden.

Für Hausgehilfinnen wird keine Familienermäßigung gewährt, sondern monatlich 50 RM. vom Arbeitslohn steuerfrei belassen. Dieser Freibetrag muß aber auf der Steuerkarte vermerkt werden. Er fällt fort, wenn die Hausgehilfin entlassen und nicht innerhalb eines Monats eine andere eingestellt wird. Der Steuerpflichtige ist in diesem Fall zur Anzeige an das Finanzamt verpflichtet. Im übrigen sind die Bestimmungen darüber, wer als Hausgehilfin gilt, unverändert. Außer Familienstand und Freibeträgen für Hausgehilfinnen bestehen nach der neuen Lohnsteuerdurchführungsverordnung noch folgende weitere Möglichkeiten zur Freilassung von Teilen des Arbeitslohnes von der Lohnsteuer:

Wer außer dem Abzug für Hausgehilfinnen noch weitere Werbungskosten und Sonderausgaben von monatlich mehr als 40 RM. hat, kann bei seinem Finanzamt Erhöhung des Freibetrages beantragen. Werbungskosten in diesem Sinne sind Berufsverbandsbeiträge, Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, Werkzeuge, Berufskleidung, endlich auch (neu) Abfahrungen von Wirtschaftsgütern, die der Arbeitnehmer zur Erzielung seines Arbeitslohnes länger als ein Jahr nutzt oder verwendet. Sehr einschneidend ist hierbei, daß der sogenannte Repräsentationsaufwand regelmäßig nicht als Werbungskosten anerkannt wird. Nach Paragraf 20 Abs. 2 der Durchführungbestimmungen sind nämlich „Aufwendungen für die Lebensführung, die die wirtschaftliche oder gesellschaftliche Stellung des Arbeitnehmers mit sich bringt, keine Werbungskosten, auch wenn die Aufwendungen zur Förderung der Tätigkeit des Steuerpflichtigen gemacht werden“. Beträge, die der Arbeitnehmer zur Bestreitung eines solchen Aufwandes vom Arbeitgeber erhält, rechnen zum Arbeitslohn.

Zu den Sonderausgaben zählen besondere Beiträge zu Kranken-, Lebens-, Unfall- usw. Versicherungen und Bauparlasten, ferner Schuldzinsen und Kirchensteuer. Dabei sind die Beiträge für Versicherungen und Bauparlasten aber auf 500 RM. jährlich als Höchstbetrag beschränkt. Dieser Höchstbetrag erhöht sich um 300 RM. bis 1000 RM. für die Ehefrau und Kinder, für welche sonst Kinderermäßigungen beansprucht werden können. Für die Ehefrauermäßigungen ist zufolge Erlass des Reichsministers der Finanzen vom 5. Juli 1935 nur erforderlich, daß der Steuerpflichtige mit der Ehefrau am 10. Oktober 1935 verheiratet war. Dagegen ist nicht notwendig, daß die Ehegatten zusammen leben, vielmehr erhöht sich der Freibetrag auch bei dauernd voneinander getrennt Lebenden.

Außer der Erhöhung des Freibetrages für Werbungskosten für Sonderleistungen können auch besondere wirtschaftliche Verhältnisse, die die steuerliche Leistungsfähigkeit des Arbeitnehmers wesentlich beeinträchtigen, durch Eintragung eines entsprechenden Freibetrages auf der Steuerkarte berücksichtigt werden, jedoch nur bei Einkommen bis zu 20 000 RM. oder bis zu 30 000 RM., falls mehr als zwei Kinder vorhanden sind, für die sonst Kinderermäßigung verlangt werden kann. Der Begriff „besondere wirtschaftliche Verhältnisse“ und der Begriff „Beeinträchtigung der steuerlichen Leistungsfähigkeit“ entspricht den früheren Bestimmungen. Die Belastung muß betragen (in Proz.) bei einem Einkommen von

	led. od. kinderlos	Verh. m. 1 od. mehr K.	Verh. m. 2 od. mehr K.
bis 5000	10	8	6
mehr als 5000—10 000	12	10	8
mehr als 10 000—15 000	15	12	10
mehr als 15 000	20	15	12

Die besondere wirtschaftliche Belastung darf zufolge Ministerialerlass vom 5. Juli 1935 grundsätzlich nur nach dem Einkommen geprüft werden. Das Vermögen kommt nur in Betracht, wenn es außergewöhnlich groß ist. Der Erlass betont ausdrücklich, daß es nicht im Sinne der gesetzlichen Vorschriften läge, den Gedanken der Vermögensbildung durch steuerliche Maßnahmen zu beeinträchtigen.

Württemberg

An die Elternschaft der Hitlerjugend

Stuttgart, 11. Dez. Die Gebietsführung der HJ. Württemberg gibt bekannt: Laut Anordnung der Reichsjugendführung haben Hitlerjugend, Jungvolk, Bund deutscher Mädel und Jungmädel ab sofort die Winterdienstanzüge bzw. Winterdienstkleidung zu tragen. Solange eine einbettliche Winteruniform bzw. Winterkleidung auf Grund der allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch nicht besteht, müssen Überbergangsmassnahmen, die das teilweise Tragen von Zivilkleidung gestatten, erlassen werden. Das Tragen von weissen Strümpfen bleibt verboten. Im Interesse der Gesundheit der Pimpfe ist das feine Tragen der Strümpfe für diese bis auf weiteres verboten. In den Fällen, in denen die Pimpfe keine langen Strümpfe mehr haben, bitten wir die Eltern, im Interesse ihrer Kinder hier Abhilfe zu schaffen. Im übrigen wird hoffentlich Weihnachten in vielen Fällen Abhilfe schaffen. Andernfalls bitten wir die Eltern, mit den Geschwäfts- bzw. Führlern bzw. mit den Gruppenführerinnen Rücksprache zu nehmen. Was ein Pimpf sich zu Weihnachten unter anderem wünscht, ist: eine blaue Dienstbluse, eine DJ-Überfallhose und eine DJ-Wintermütze.

Immatrikulation an der Technischen Hochschule

Stuttgart, 11. Dez. Im Ruppelsaal des Kunstgebäudes fand am Mittwoch die feierliche Immatrikulation der Stuttgarter Studenten statt. Der Rektor der Technischen Hochschule, Professor Dr. Storz, hielt an die neu eintretenden Studenten eine Ansprache, in der er sie zu Selbsttätigkeit, zu unbedingter Kameradschaft und zur Befahrung der Volksgemeinschaft ermahnte, zu jener Volksgemeinschaft, die die Ueberwindung des Klassenkampfes zum Ziele hat. Im Rahmen seiner Ansprache berührte der Rektor auch die Frage der Korporationen, die in der neuen deutschen Volksgemeinschaft nicht mehr am Platze seien und denen gegenüber dem nationalsozialistischen Studenten die Aufgabe erwachse, eine neue Kameradschaft und einen neuen politischen Lebensstil zu schaffen. Die eindringlichen Mahnungen des Rektors fanden nachhaltige Unterstützung in den Ansprachen des Gaustudentenbundesführers Steimle und des Hochschulgruppenführers Schöpfer.

Deutsche Nordlandreise 1936

Die Nordische Gesellschaft veranstaltet gemeinsam mit der Reichsamtsektion der NS-Kulturgemeinde vom 20. Juni bis 14. Juli 1936 die „Deutsche Nordlandreise 1936“ mit dem Motorschiff „Wilmauer“ der Hamburg-Amerika-Linie, dem größten und schönsten Motorschiff der deutschen Handelsflotte.

Die Landausflüge, Befahrungen, die kulturellen und gesellschaftlichen Veranstaltungen an Bord sowie der Kreis der Mitreisenden aus Deutschland und den nordischen Ländern werden Gemähr dafür geben, daß die Reise nicht nur, was selbstverständlich ist, für die Beteiligten eine Erholung darstellt, sondern ihnen auch den Eindruck nordischer Welt, nordischer Kultur und des nordischen Menschen gibt.

Des zu erwartenden starken Andranges wegen wird empfohlen, die Teilnahme an der Reise rechtzeitig anzumelden. Auskunft und Anmeldung im Württemberg-Kontor der Norddeutschen Gesellschaft, Haus des Deutschturns, Stuttgart, Danziger Freiheit.

Zusammenarbeit der Polizei mit den Radfahrern

Reichsinnenminister Dr. Frick hat durch Erlaß an die Landesregierungen keine Bestimmungen über ein Zusammenarbeiten der Polizeibehörden mit Organisationen erweitert. Bisher war das Zusammenarbeiten vor allem mit den Organisationen der deutschen Kraftfahrt (NSKK und DAK) bei allen für den Kraftverkehr bedeutungsvollen Anordnungen zur Regelung des Straßenverkehrs empfohlen worden. In dem neuen Erlaß erklärt der Minister, daß ebenso nützlich auch eine Zusammenarbeit mit der Organisation der Radfahrer in Angelegenheiten der Regelung des Radverkehrs sei. Der Minister empfiehlt deshalb den Polizeibehörden, in gleicher Weise auch mit den örtlichen Stellen des Deutschen Radfahrerverbandes e. B., der einzigen anerkannten Vereinigung der Radfahrer, sowie in geeigneten Fällen mit der Reichsgemeinschaft für Radfahrwegbau e. B. in Berlin NW 7 zusammenzuarbeiten.

Stuttgart, 11. Dez. (Abschluß des 15. Deutschen Turnfestes.) Am 19. Dezember findet nachmittags 15 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses in Stuttgart die Abschluß-Sitzung des Hauptausschusses für das 15. Deutsche Turnfest 1933 in Stuttgart statt. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht die Berichtsabgabe über den Rechnungsabluß des 15. Deutschen Turnfestes, Entlastung der Ausschüsse und Beschlußfassung über die Auflösung des Hauptfestauschusses für das 15. Deutsche Turnfest 1933 in Stuttgart e. B. Zu der Abschluß-Sitzung wird der Reichssportführer von Tschammer und Osten kommen. An der Sitzung werden Reichsstatthalter Murr, Vertreter von Regierung und Partei und selbstverständlich Stuttgarts Oberbürgermeister Dr. Strölin teilnehmen. Landesportführer Dr. Klett ist in seiner Eigenschaft als Mitglied des Hauptfestauschusses in der Sitzung anwesend. Der Vorsitzende des Ausschusses, Studentrat Dr. Obermeyer, wird die Berichte erstatten.

Spende der württembergischen Eisenbahnen. Die Reichsbahnbediensteten im Bereich der Reichsbahndirektion Stuttgart haben im Monat Dezember 1935 als Spende für das Winterhilfswerk 28 240 RM. abgeführt.

Revision gegen Todesurteil. Die Justizprokuratorstelle Stuttgart teilt mit: Durch Urteil des Schwurgerichts Stuttgart vom 3. Dezember 1935 wurde der 19 Jahre alte Gottfried Haffs von Schwieberdingen, Kreis Ludwigsburg, wegen Mordes zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt. Gegen dieses Urteil hat der Verteidiger des Haffs Revision eingeleitet.

Todesfall. Im Alter von 72 Jahren verschied hier am Dienstag Präsident i. R. Hermann von Losch. Von 1893 bis 1930 war der Verstorbenen beim Württ. Statistischen Landesamt tätig, zu dessen Vorstand er mit dem Titel Präsident 1922 berufen wurde. Losch war geborener Murrhardter und hatte Theologie (Tübinger Stift), Philosophie und Nationalökonomie studiert. Auf Grund seiner Verdienste um die Landesstatistik sowohl wie um wesentliche Fragen der Reichsstatistik, an deren Lösung er mitarbeitete, wurde er zum Ehrenmitglied des Württ. Statistischen Landesamts ernannt. Präsident Losch wirkte auch längere Zeit als akademischer Lehrer in Hohenheim und Tübingen.

Fäher Tod. Im Mittelaußenhof des Hauptbahnhofes erlitt am Dienstag abend eine 69 Jahre alte Frau eine Herzlähmung. Der Tod trat sofort ein.

Bodelshausen, W. Rottenburg, 11. Dez. (Ertrinken.) Der zehnjährige Sohn des Wlth. Steeb von hier vergnügte sich auf dem Buhensee bei Station Bodelshausen mit Schlittschuhlaufen. Offenbar war er nicht vorsichtig genug, denn plötzlich raste er sich der Stelle, wo das Eis im See weggehauen war, und versank. Er konnte nur als Leiche geborgen werden.

Heilbronn, 11. Dez. (Höchstpreis-Heberjchreitung.) Ein Landwirt von Redargartach verkaufte ein paar fette Schweine zu einem höheren als dem gesetzlich vorgeschriebenen Höchstpreis. Der Metzger gab ihm ohne weiteres den geforderten Preis. Obwohl er nur 25 Mark Gewinn durch dieses Geschäft einstecken durfte, verurteilte ihn das Gericht wegen eines Vergehens zu 75 RM. Geldstrafe. Bei der Verhandlung kam besonders zum Ausdruck, daß die vorgeschriebenen Bestimmungen über die Höchstpreise unbedingt einzuhalten seien. Verfehlungen hiergegen müssen streng bestraft werden.

Badenau, W. Neckarstuf, 11. Dez. (Brand.) Am Dienstag abend brach in dem Anwesen des Amtsdieners Franz Theodor Kühner und des Schneidermeisters Gustav Weidemann in der Scheuer Feuer aus. Es gelang, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Abgebrannt ist eine Scheuer und ein Stallanbau.

Gmünd, 11. Dez. (Trunkenbold in Haft.) Das Oberamt hat am Dienstag einen 47jährigen Familienvater auf sieben Tage in Haft genommen, weil er betrunken war,

während seine Familie schon längere Zeit vom hiesigen Bezirkswohlfahrtsamt Unterstützung bezieht.

Saulgau, 11. Dez. (Zur Warnung.) Eine Bäuerin aus dem Kreis Saulgau verging sich gegenüber der Milchablieferungspflicht dadurch, daß sie die erbrachte Butter nicht an die Milch- und Rahmstation abfertigte, sondern sie in Saulgau verhandelte. Die Polizei nahm sich der Butterverkäuferin an und beschlagnahmte 10 Pfund Butter. Die Butter wurde in der Milchstelle verkauft und der Erlös dem Winterhilfswerk zugeführt.

Münzingen, 11. Dez. (Ohne Arbeitsloje.) Durch den Bau der Fernwasserleitung, die vom Wasserwerk der Lautertalstraße bei Buttenhausen 120 Meter hoch über den langen Hang in Richtung Müningen gegraben wird, wurden so viele Volksgenossen zu den verschiedenen Arbeiten benötigt, daß der Kreis Münzingen keine Arbeitslosen mehr aufzuweisen hat.

Letztang, 11. Dez. (Der Führer als Pate.) Dem 36 Jahre alten Arbeiter Adolf Segelbacher in Beßlingen bei Letztang, in der Fahrradfabrik Friedrichshafen beschäftigt, wurde das 10. Kind (Knabe) geboren. Aus diesem Anlaß hat der Führer und Reichsstatthalter die Patenschaft übernommen.

Inneringen i. Hohz., 11. Dez. (Todesfall.) Im Landeskrankenhaus in Sigmaringen ist im Alter von 67 Jahren der Geistliche Rat Professor Adolf Strobel, Dekan des Kapitels Beringen, Pfarrer in Inneringen, gestorben.

Aus dem Gerichtssaal

Bestrafter Heiratschwindel

Stuttgart, 10. Dez. Mit dem auf zwei Jahre Gefängnis wegen Betrugs und Rückfallbetrugs lautenden Urteil des Schöffengerichts ist der 36 Jahre alte Richard Kühn aus Pöschel in Sachen noch gut weggekommen. Der Staatsanwalt hatte gegen ihn zwei Jahre Zuchthaus beantragt. Der Angeklagte hatte, obwohl er verheiratet ist, im Herbst 1930 einer Verkäuferin in Tuttingen die Ehe versprochen und behauptet, seine Ehescheidung werde in Kürze durchgeführt sein, und sein Vater habe Grundbesitz im Wert von 70 000 RM. Mit solchen Lügen nahm er dem Mädchen insgesamt mindestens 3500 RM. ab. Im vergangenen Sommer prestete er außerdem eine Stuttgarter Kontoristin, mit der er sich unter Verschweigung seiner Ehe öffentlich verlobte, binnen einem Vierteljahr um 2570 RM., wovon er 600 RM. zurückzahlte. Diese 600 RM. hatte er nebst weiteren 2200 RM. einem Stuttgarter Kaufmann abgeschwindelt, dem er von seinem angeblichen Monatseinkommen von 2000-3000 RM. erzählt und zwei faule Wechsel als „Deckung“ zur Verfügung gestellt hatte. In Wahrheit hatte der Angeklagte, soweit er nicht überhaupt arbeitslos war, als Provisionsvertreter nur ein geringes Einkommen.

Prozeß gegen 54 Mitglieder des „National-polnischen Lagers“

Bromberg, 10. Dez. In Bromberg begann am Montag ein Prozeß gegen 54 Angehörige des sogenannten nationalpolnischen Lagers. Die Angeklagten hatten am Tage der Parlamentswahl im September im Kreise Wirsitz Wahllokale mit Waffengewalt überfallen, um so die Wahl zu verhindern. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei zwei Personen getötet und mehrere verletzt wurden. Für den Prozeß sind vier Tage vorgesehen. Aus der Vernehmung der Angeklagten ergibt sich, daß die Überfälle von langer Hand vorbereitet waren. Der Wahltag war als Tag des polnischen Umsturzes angesehen worden, an dem auch die Regierung in Warschau beseitigt werden sollte. Nach Aussagen der Zeugen sollte der Vorsitzende des nationalpolnischen Lagers, Omowski, der bekanntlich für Polen seinerzeit mit Paderewski den Versailler Vertrag unterzeichnet hat, zum polnischen Staatspräsidenten ausgerufen werden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Vom Führer begnadigt. Die 18jährige Elsa Kof ist am 24. September 1935 von dem Schwurgericht in Insterburg wegen Mordes an ihrer Stiefmutter zum Tode verurteilt worden. Der Führer und Reichsstatthalter hat im Gnadenwege die Todesstrafe in lebenslange Zuchthausstrafe umgewandelt.

Neuer Präsident der Reichspostdirektion Dresden. Vom 1. Januar 1936 ab ist dem Präsidenten Voelker der Reichspostdirektion Braunschweig die Präsidentenstelle der Reichspostdirektion Dresden übertragen worden.

100 000-RM.-Gewinn. In der Staatslotterie wurde auf das Los Nr. 317 254 der 100 000-RM.-Gewinn gezogen. Das Los wird in der ersten Abteilung in Ahtelosen in Ostpreußen, in der zweiten Abteilung in Ahtelosen in Baden geplatzt.

Einbruchdiebstahl in der Kathedrale von Orleans. In der berühmten Kathedrale von Orleans wurde ein Einbruchdiebstahl verübt. Dienstag nachmittag wurde am Bahnhof ein wertvoller Korb gefunden, der wie später festgestellt wurde, zum Schatz der Kathedrale gehörte. Nachforschungen ergaben, daß aus der Sakristei Schlüssel verschwunden waren.

Gegen politisierende Sekte. Auf Anordnung des Innenministers wurden am Sonntag morgen in ganz Japan mit großem polizeilichem Aufgebot 30 Führer und über 500 Anhänger der Omotoko-Sekte überraschend verhaftet. Es handelt sich um eine politisierende Sekte.

Die Witwe Griegs gestorben. Die Witwe des norwegischen Komponisten Edvard Grieg, Frau Gina Grieg, die vor wenigen Wochen unter großer Anteilnahme der ganzen Welt ihren 90. Geburtstag feiern konnte, ist Montag früh gestorben.

Betriebsunfall in einer Zellstofffabrik. In der Zellstofffabrik Höllingen in Hemer bei Herborn explodierte plötzlich ein mit Dampf geheizter Zellulose-Kocher. Die Dächer dieses Teiles der Fabrik wurden vollständig niedergedrückt, und die Werkseinrichtung wurde zerstört. Vier Arbeiter wurden unter dem zusammenstürzenden Gemäuer begraben. Von ihnen sind alle vier nur als Leichen geborgen worden.

Ueberschwemmungen in Montenegro. Blättermeldungen zufolge sind in Montenegro plötzlich infolge von anhaltenden Regengüssen in den Tälern und Schneefällen in den Bergen große Ueberschwemmungen eingetreten. Zehn Dörfer stehen unter Wasser. Die Zahl der überschwemmten Häuser beträgt dem halbamtlichen „Breme“ zufolge 400.

Reichsjägermeister Göring in Springe. Im Sauparl Springe fand am Montag eine Saujagd zu Gunsten des WSW statt, an der Reichsjägermeister Ministerpräsident Göring mit zahlreichen Gästen teilnahm, darunter der polnische Botschafter Lipski, Reichsminister Freiherr von Neurath, Reichsminister Graf Schwerin-Krosigk, Generalforschermeister v. Reudell u. a.

Hauptmanns Berufung abgelehnt. Aus Washington wird gemeldet: In unauffälliger Form hat das Oberste Bundesgericht eine Entscheidung veröffentlicht, die von der amerikanischen Öffentlichkeit als bedeutendes Ereignis aufgefaßt wird. Inmitten einer maschinengeschriebenen Liste von Bundesgerichtsentscheidungen ist in wenigen spärlichen Worten die Mitteilung enthalten, daß die Berufung Bruno Richard Hauptmanns gegen das über ihn verhängte Todesurteil vom Obersten Bundesgerichtshof abgelehnt worden ist. Damit ist die an Zwischenfällen so reiche Geschichte des Lindbergh-Hauptmann-Prozesses abgeschlossen. Der Verurteilte Hauptmanns, das im Frühjahr dieses Jahres nach vierwöchiger Verhandlung gefällte Urteil nachträglich umzustößen, ist mißlungen.

Christbaum wieder zugelassen. Der Verbandssekretär der sozialistischen Partei hat verfügt, daß in der Provinz Wozen der Christbaum im Gegensatz zu den kürzlich veröffentlichten Bestimmungen gestattet bleibt.

Vormarsch der Mandschukuo-Truppen. Entgegen den Bemühungen der japanischen militärischen Stellen in Peiping, die Vorgänge in Ost-Tschang abzuschwächen, belagern zuverlässige Meldungen, daß die bisher bei Dolonmar befindlichen Mandschukuo-Truppen seit Montag im Vormarsch nach Süden begriffen sind.

Vulkan-Ausbrüche auf den Tonga-Inseln. Aus Wellington (Neuseeland) wird gemeldet: Auf den Tonga-Inseln im Stillen Ozean ist es zu gewaltigen Vulkanausbrüchen gekommen. Der vulkanischen Tätigkeit gingen 20 Erdstöße voraus, die von schweren Gewittern und Regengüssen begleitet waren. Ein langer Lavaström ergießt sich ins Meer. Die Gruppe der Tonga- oder Freundschafts-Inseln sind britisches Schutzgebiet.

Weihnachtswerbung des Handwerks

Eine Fülle von Schwierigkeiten hatte es bisher verhindert, daß viel Handwerksarbeit auf den Weihnachtstisch kam. Weihnachten war für die meisten Handwerker kein fest ungetrübter Freude, weil für sie gerade die letzten Monate des Jahres schlechten Geschäftstages zu bringen pflegten. Die Welle der Weihnachtsaufträge flutete im wesentlichen an dem kleinen und mittleren Handwerksbetrieb vorbei und beschränkte andere Gebiete der Wirtschaft. Gerade dem Handwerksmeister, dem Mann ohne festes Einkommen, der auf Beschäftigung durch pünktlich bezahlte Aufträge angewiesen ist, ihm wurde oft die Weihnachtstreu — die eine Freude des ganzen Volkes sein soll — durch wirtschaftliche Sorgen gestört. Darum hat der Reichshand des deutschen Handwerks in diesem Jahre angefangen, hier Abhilfe zu schaffen. Er will von Jahr zu Jahr mehr die volle Weihnachtstreu ins Handwerkerhaus tragen, indem er allen Volksgenossen die Wege weist, in ihrem Hause Weihnachtstreu durch Handwerksarbeit zu stiften. Eines der Mittel, das Handwerk in den Weihnachtsgeschäftstag einzufachen, ist der Weihnachtsgutschein für Handwerksarbeit. Man wird in den Papierhandlungen, bei den handwerklichen Dienststellen und bei den Handwerksmeistern künstlerisch ausgestattete Gutscheine erhalten. Den ausgefüllten Gutscheinen legt der Schenkende statt einer Handwerksleistung auf den Weihnachtstisch. Diese für Handwerksarbeit erwartige Form des Schenkens dürfte bei vielen, die praktisch denken und auch praktisch schenken wollen, großen Anklang finden.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag, Wildbader Tagblatt, Wildbader Tagblatt, Wildbad im Schwarzwald (Zsb. Th. Bad) Nr. 11, 25, 27. Zur Zeit ist Beilagen Nr. 2 gültig.

Für die Dame
das schönste Geschenk
ein flottes
Kleid
Zur Zeit große Auswahl in Bleyle-
und anderen bewährten Fabrikaten
Carl Barth
Pforzheim Terrennerstraße 3
Sonntags von 1 bis 7 Uhr geöffnet

Ab Freitag
schönes Rindfleisch
zu haben bei
Weggerei Gerlach.
Wohnung
von 3 Zimmer mit Zubehör
hat sofort zu vermieten
Konnenmacher.


Die neuen SINGER
Nr. 201
u. Nr. 88
Die hervorragenden Nähmaschinen für den Haushalt
Singer Nähmaschinen Aktiengesellschaft Pforzheim, Lr opoldplatz

Von
Nr. 277
des „Wildbader Tagblatt“ vom 27. November 1935 werden einige gut erhaltene Exemplare zurück gekauft.
Geschäftsstelle
„Wildbader Tagblatt“.

Für den Gabentisch
empfiehlt
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Wachsante
Stoffe für Hauskleider
Indanthrendrucke für Kleider u. Schürzen
Baumwollflanellen für Hemden und Schlafanzüge
Finette
Schürzen
In reichhaltiger Auswahl
Phil. Bosch Nachf.

Ein aussichtsreiches Angebot
bedarf der vorhergehenden Ankündigung durch ein Inserat
im „Wildbader Tagblatt“